

Gehört die Zukunft den Autokratien?

Uwe Backes

Zusammenfassung

Autokratien sind politische Systeme ohne effektive Gewaltenkontrollen. Nicht alle, aber manche von ihnen gewinnen durch gute Leistungen Akzeptanz und können so große Teile der Bevölkerung dauerhaft integrieren. Ein demokratisches „Ende der Geschichte“ ist folglich zweifelhaft, solange sich Menschen in autokratische Strukturen fügen und den Genuss erworbener Güter mehr schätzen als die Entfaltungschancen politischer Selbstbestimmung.¹

„The Global Expansion of Authoritarian Rule“ lautet der Titel des 2022 veröffentlichten Berichts der Washingtoner NGO „Freedom House“. Das 16. Jahr in Folge sei der Anteil der in „freien“ Staaten lebenden Menschen gesunken (auf rund 20 Prozent), während etwa 36 Prozent der Weltbevölkerung unter „unfreien“ Bedingungen lebten (Repucci/Slipowitz 2022: 1). Zwischen beiden Bereichen erstreckt sich eine Übergangszone variantenreicher Regime, die als „teilweise frei“ gelten. Viele von ihnen können ebenfalls als Autokratien (oder Diktaturen) gelten, wenn man sie mit Karl Loewenstein (1959) als politische Systeme fasst, die durch das Fehlen effektiver Gewaltenkontrollen gekennzeichnet sind. Eine „Superexekutive“ beherrscht staatliche Institutionen und Gesellschaft auf eine Weise, dass ihre Machtstellung weder durch Opposition noch durch kritische Medien in Gefahr gerät.

Nicht bewahrheitet hat sich Francis Fukuyamas optimistische Vorhersage angesichts des Niedergangs realsozialistischer Autokratien in Europa: Die normative „Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als der endgültigen Form poli-



Prof. Dr. Uwe Backes

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung,
Technische Universität Dresden

tischer Ordnung“ (Fukuyama 1989: 4) sei unabwendbar. Stattdessen erzielen demokratiegefährdende Populismen Resonanzgewinne in zahlreichen Demokratien – und tragen/trugen zum Qualitätsverlust freiheitlicher Ordnung bei. Zugleich betreibt ein „technokratischer Autoritarismus“ („China Modell“) zunehmend „aktive Diffusionspolitik“ (Zürn 2022: 108), um weltweit an Attraktivität zu gewinnen.

Die Frage nach der „Zukunft der Autokratien“ überfordert die Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften und lässt sich weder pauschal bejahen noch verneinen. Denn die Zukunftsfähigkeit der Ordnungsformen ist interdependent: Sind die freiheitlichen Demokratien so schwach oder die Autokratien so stark? Dieser Beitrag untersucht eine Seite dieser komplexen Wechselbeziehung, indem er sich den Gründen für die Robustheit mancher autokratischer Regime zuwendet. Dabei werden Aspekte der Herrschaftslegitimation ebenso beachtet wie herrschaftsstrukturelle Qualitäten. Auf der Ebene der Herrschaftslegitimation können Despotien (Machttakkumulation und Selbstbereicherung als Herrschaftsziele; Beispiele: Turkmenistan, Nicaragua), absolute Monarchien (dynastische Legitimation; Beispiele: Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Marokko), autoritäre Regime (Rekurs auf traditionale „Mentalitäten“: Sicherheit, Ordnung, kontrollierte Modernisierung etc.; Beispiele: Belarus, Singapur) und Weltanschauungsdiktaturen/Ideokratien (Staatsideologie mit hoher Aussagenreichweite und chiliastischen Tendenzen; Beispiele: Nordkorea, Islamische Republik Iran) unterschieden werden. Auf der Ebene der Herrschaftsstruktur lassen sich Autokratien nach ihren Herrschaftsträgern (etwa: Militärregime wie Myanmar, Algerien, Pakistan) oder dem Ausmaß des Personalismus/Klientelismus (charismatische oder kollektive Führung, Verhältnis formaler und informeller Institutionen) unterscheiden. Zudem finden sich zahlreiche Übergangsformen und „Hybride“ mit beachtlicher Stabilität. Angesichts dieser Formenvielfalt gibt es nicht „den“ entscheidenden Erklärungsfaktor für die Robustheit von Autokratien, sondern situativ sich entfaltende Stärken, die im Systemwettbewerb und unter Stress Regimestabilität bewirken und einen Regimesturz verhindern.

1 Stabilisierende Legitimationsmodi

Wer argumentiert, autokratische Eliten hätten ihre Untertanen über lange Zeiträume vorsätzlich in Armut und Unwissenheit gehalten, um ihre Herrschaft mithilfe von Mythen und religiösen Trugbildern zu legitimieren, erfasst zweifellos eine wichtige Komponente autokratischer Herrschaftslegitimation. Denn autokratische Führungszirkel fürchten Situationen, in denen die kunstvoll errichtete Legitimationsfassade einstürzt. Die Offenbarung systemischer Korruption beispielsweise kann ein wirkungsvolles Instrument der Herrschaftsstabilisierung in sein Gegenteil verkehren. Der Nowitschok-Giftanschlag auf den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny (August 2020) sollte einen populären Gegner des Kremls zum Schweigen bringen, dessen Antikorruptionsfeldzug als Gefahr für die Unterstützung des Putin-Regimes galt. Nawalny rächte sich vor seiner tollkühnen Rückkehr (und Inhaftierung) mit einem Enthüllungsfilm über Putins Selbstbereicherungspraktiken und seinen geheimen Protzpalast an der

Schwarzmeer-Küste (Ackeret 2021). Ähnliches Missgeschick widerfuhr dem Peking-er Autokraten Xi Jinping, als der Hongkonger Unternehmer Desmond Shum im September 2021 ein Sittengemälde der hedonistischen Machtzirkel der Volksrepublik China veröffentlichte (Shum 2021). Shum hatte sich in den Jahren 2002 bis 2017 innerhalb der Topelite bewegt und miterlebt, wie „die Familien der Führungsriege die Nähe zur Macht nutzten, um Milliarden abzuzwacken“ (Böge 2021). Mithilfe seiner vier Jahre zuvor in Peking verschwundenen Frau versuchten Agenten des chinesischen Sicherheitsapparates, Shum dazu zu bewegen, sein Buch zu stoppen. Andernfalls könne seinem Sohn etwas zustoßen. Das Buch zeigte u.a., wie Xi Jinping die von ihm 2012 gestartete Antikorruptionskampagne selektiv nutzte, um Kontrahenten zu schaden und die eigenen Netzwerke zu schützen.

Regimepropagandisten kontern Enthüllungen gewöhnlich mit Gegennarrativen, welche die Glaubwürdigkeit und moralische Integrität der Kritiker untergraben. Dabei gilt es, Legitimierungsmechanismen zu reaktivieren (wie Sicherheits- und Modernisierungsversprechungen, überlieferte Mentalitäten, Versatzstücke religiöser oder ideokratischer Heilslehren), die in der Bevölkerung wirksam sind. Ein erprobtes Mittel ist die Erzeugung oder Revitalisierung von Feindbildern, um von eigenem Versagen abzu lenken und alle Energien im Kampf gegen einen Aggressor zu bündeln.

Die Glaubwürdigkeit der Herrschaftslegitimierung steht und fällt jedoch mit der Wahrnehmung der Leistungsfähigkeit autokratischer Regime (Croissant/Wurster 2013). Autokratien leiden keineswegs generell an der – im Vergleich zu konsolidierten Demokratien vielfach ins Auge springenden (Merkel 2010: 59) – Kombination aus Partizipationsfeindlichkeit, mangelnder Responsivität und Innovationsträgheit. Neben den Rentierstaaten am Persischen Golf wie Katar, Kuwait oder Oman wird vor allem der Stadtstaat Singapur mit Recht als Beispiel für solides Wirtschaften, Erfüllung von Entwicklungszielen und (sozial-ökonomische) Zukunftsverantwortlichkeit der politischen Führung genannt (Schmidt 2013).

Allerdings kann auch überzeugende Performanz für Autokratien zum Problem werden. Dies hat Samuel Huntington (1991: 65f.) in seiner – von Modernisierungsoptimismus geprägten – Studie über die „drei Wellen der Demokratisierung“ gezeigt. Autokratien steckten – anders als liberale Demokratien – in einem Performanzdilemma insofern, als nicht nur schlechte, sondern auch gute Leistungen destabilisierend wirkten. Denn soziale Modernisierung und ökonomische Entwicklung erzeugten Demokratisierungsdruck: Ein ansteigendes Wohlstandsniveau fördere die Verbreitung von Einstellungen und Werthaltungen (interpersonales Vertrauen, Lebenszufriedenheit, Kompetenz), die demokratische Orientierungen begünstigten. Wirtschaftliche Entwicklung führe zu einer Hebung des Bildungsniveaus, und gut ausgebildete Menschen neigten stärker als wenig Gebildete zu demokratischen Überzeugungen. Wirtschaftliche Entwicklung mache Ressourcen für verschiedene soziale Gruppen verfügbar und erleichtere eine Mentalität des Ausgleichs, des Aushandelns und der Kompromissbildung. Sie bewirke auch die Öffnung der Gesellschaften für Außenhandel, Investitionen, Technologietransfer, Tourismus und Kommunikation. Die Verflechtung eines Landes mit der Weltwirtschaft lasse von der Regierung unabhängige Quellen von Wohlstand und Einfluss sprudeln und öffne die Gesellschaft gegenüber de-

mokratischen Ideen. Schließlich führe ökonomische Entwicklung zur Entstehung von Mittelschichten: Geschäftsleute, Fachpersonal, Ladenbesitzer, Lehrer, Zivilbedienstete, Manager, Techniker, Büroangestellte, die politischen Einfluss ausüben, mitberaten und mitentscheiden wollen. Diesen Anforderungen seien Autokratien auf Dauer kaum gewachsen.

Wie aber erklärt sich dann die Zählebigkeit vieler autokratischer Regime? Neuere Forschungen scheinen nahezu legen, dass Performanzdilemmata nicht zwangsläufig eintreten. So konstatierten Dag Tanneberg, Christoph Stefes und Wolfgang Merkel (2013) in einer statistischen Analyse für Autokratien einen stabilisierenden Effekt eines hohen Bruttoinlandsprodukts. Auf der Ebene der Herrschaftslegitimation unterschätzt Huntington die Fähigkeit von Autokratien, systemische Legitimität zu erzeugen und zu erneuern (Backes 2013). Kunstvolle Legitimationsfassaden, traditionale Mentalitäten wie auch große politische Verheißungen können über lange Zeiträume eine Grundlage für lang andauernde Regimestabilität schaffen.

Regime binden Menschen durch Symbole, Rituale, Feiern und Feste (Smend 1928). Auf diesem Feld haben die Ideokratien ein hohes Maß an Virtuosität entwickelt. Nicht selten bedienen sie sich der Formenwelt religiöser Gemeinschaften (Mayer 1995). Spätere Autokraten sind von den totalitären Vorbildern in vielfältiger Weise inspiriert worden. Das gilt auch für den Bereich der Bildung und Erziehung sowie der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Kein autokratisches System kann gänzlich darauf verzichten, die Jugend im eigenen Sinne zu beeinflussen und die Medien für eine breitenwirksame Selbstdarstellung zu nutzen. Organisationsmacht bedeutet hier die Fähigkeit, die Jugend im Sinne der eigenen Bedürfnisse zu formen sowie die gesellschaftlichen Kommunikationsprozesse lenkend und selektierend zu beeinflussen. Autokraten werden stets bestrebt sein, möglichst große Verfügungsgewalt über moderne Massenmedien zu gewinnen – schon, weil sie wissen, dass mangelnde Kontrolle über bedeutende Kommunikationskanäle regimekritischen bis –feindlichen Akteuren in die Hände spielt. Das gilt auch für die neuesten Innovationen im Bereich der Kommunikationsmedien, die zunächst bekanntlich als Hebel gesellschaftlicher Liberalisierung und Demokratisierung gefeiert wurden (Diamond 2010), während autokratische Eliten gleichzeitig nichts unversucht ließen, mit ihrer Hilfe die Lufthoheit über den Kommunikationsraum zu erlangen. Erste empirische Untersuchungen über die Wirkung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien weltweit konnten keine demokratisierenden Effekte des Internets und der Social Media feststellen (Rød/Weidmann 2015). Viel spricht für eine ambivalente Wirkung moderner Medien: Sie können sich als wirksame Mittel autokratischer Stabilisierung erweisen, aber ebenso demokratischen Protest beflügeln.

2 Stabilisierende Strukturen

Manche Autokratien zeigen ein hohes Maß an Organisations- und Steuerungsfähigkeit, die es ihnen erlaubt, auf zentralen Politikfeldern legitimierend, integrierend und kontrollierend einzugreifen. Aus einer Rational-Choice-Perspektive kann konzentrier-

te Staatsgewalt nur durchgesetzt und aufrechterhalten werden, wenn es der Topelite gelingt, dauerhafte Unterstützerkoalitionen zu bilden. Das bedeutet vor allem: ihre führenden Vertreter davon zu überzeugen, dass subversive Bündnisse keine realistische Erfolgchance haben und es ungleich vorteilhafter wäre, sich gegenüber dem Inhaber der Macht weiterhin loyal zu verhalten (Tullock 1987: 24). Umgekehrt droht der Koalition Gefahr, wenn Elitensegmente die Vorteile, sich ins Lager der (legalen/illegalen) Opposition zu begeben, höher einschätzen als den Verbleib im Machtzirkel. Der Selektoratstheorie von Bueno de Mesquita u.a. (2003) zufolge ist dies vor allem dann der Fall, wenn die Fähigkeit des Machtzirkels schwindet, Regimetreue zu belohnen, also Vorteile und Ressourcenzugang zu gewähren. Regimestabilität wird dabei oft am Vorhandensein und Funktionieren von Institutionen gemessen, die Teilhabe des Selektorats und Integration in die regimetragenden Klientelstrukturen ermöglichen (Svolik 2012: 88). Jennifer Gandhi (2008: 180-188) betont die Fähigkeit zur Integration kooperationsbereiter Teile der Opposition, während Beatriz Magaloni (2008) neben der Kooptationskompetenz des Herrschaftszentrums auch dessen Suggestivkraft hervorhebt, nach außen wie innen ein glaubhaftes Bild der Unbesiegbarkeit zu vermitteln. Adrián del Río (2020) stellt für limitierte Mehrparteienregime fest: Der Institutionalisierungsgrad von Hegemonialparteien und die Fähigkeit der Steuerung (Manipulierung) des Wahlprozesses können das Überleben autoritärer Autokratien sichern.

Unabhängig vom Autokratietypp erhöht die rechtzeitige Klärung der Nachfolgefrage die Wahrscheinlichkeit der Bewahrung der Regimestabilität beim Ausscheiden des Autokraten an der Spitze der Machtpyramide. Dies gilt vor allem für hochgradig personalisierte Autokratien (Schedler 2013: 377). Denn eine unregulierte Sukzession kann leicht in regimegefährdende Intra-Eliten-Konflikte münden. Dies erklärt die bleibende Attraktivität hereditärer Sukzession in der postroyalen Welt. Sie findet nicht nur in despotischen und autoritären Autokratien Anwendung (Brownlee 2007), sondern vollzog sich selbst in einem stark ideologisch legitimierten Regime wie Nordkorea zweimal in Folge ohne größere Verwerfungen. Wenn eine Übergabe vom Vater auf den Sohn (oder die Tochter) nicht in Frage kommt, reduziert eine Machtübergabe innerhalb des engsten Machtzirkels (wie die Stabübergabe Fidel Castros an seinen Bruder Raúl) das Konfliktrisiko.

Spezifische Stabilitätsrisiken verbinden sich mit der Art und Herkunft der Herrschaftsträger. Militärregime sind meist von kurzer Dauer, weil das institutionelle Selbsterhaltungsinteresse der Militärführung in einem strukturellen Spannungsverhältnis zu ihrem Machterhaltungsinteresse steht (Geddes 1999: 131). Mit anderen Worten: Wenn das Militär Verantwortung für weite Politikbereiche übernimmt, kann schlechte Performanz seine gesellschaftliche Rolle als Institution gefährden. Daher sind Konflikte zwischen Gruppen innerhalb des Militärs (und seiner verschiedenen Waffengattungen) programmiert. Allerdings zeigen Länder mit langjähriger Militärdominanz, wie dieses Grunddilemma in seinen Auswirkungen begrenzt werden kann. In Myanmar wurden Junta und Regierungskabinettparitätisch besetzt, die Armee erweitert und modernisiert, Polizei und zivile Sicherheitsdienste militärisch kontrolliert, der Militärgeheimdienst als Kontrollorgan über die Opposition ausgebaut, Rebellengruppen er-

folgreich kooptiert, der Zugriff auf strategisch bedeutsame Teile der Wirtschaft gesichert und Teile der Bevölkerung mittels einer eigenen Massenorganisation in das Regime eingebunden (Croissant 2016: 321).

Geballte Organisationsmacht (aktive Regimeparteien, effektive und in hohem Maße loyale Sicherheitsapparate, starker Zugriff auf die Wirtschaft, funktionierende Medienlenkung) gilt als wichtige Stabilitätsvoraussetzung von Autokratien, in denen die Gesellschaft (organisierte Interessen, regimekritische Gruppen mit Protestpotenzial) nicht völlig durchherrscht ist (Levitsky/Way 2010). Allerdings dürfte dieser Erklärungsfaktor keineswegs nur im „kompetitiven Autoritarismus“, sondern auch in Ideokratien stichhaltig sein, denn mobilisierungsfähige Parteien, starke Sicherheitsapparate und das Primat der Politik über die Ökonomie gelten vielen Autoren als Indikatoren für einen erfolgreichen Totalitarisierungsprozess.

Organisatorische Effizienz ist für zwei Aspekte der Regimestabilisierung von hoher Bedeutung: Integration und Repression. Beide Bereiche sind interdependent, denn die Integrationsfähigkeit erhöht die Repressionsschwelle, also die Wahrscheinlichkeit, dass Opposition und Widerstand durch Kontrolle, Zwang und Gewalt im Zaum gehalten werden müssen (Gerschewski 2013). Von Rudolf Smend (1928) stammt die Unterscheidung zwischen persönlicher und funktioneller Integration. Zur persönlichen Integration zählt die Einbeziehung von Personen in regimekonforme Kanäle der Rekrutierung von Führungspersonal auf allen Ebenen des politischen Systems. Besondere Bedeutung kommt der Fähigkeit zu, Gruppen mit Oppositionspotenzial institutionell einzubinden (etwa in Parlamenten und regimetreuen Interessenorganisationen). Die Investiturform der Kooptation, d.h. die autonome Selbstnachbesetzung durch Leitungsgremien des autokratischen Systems, ist nach Loewenstein (1973, S. 13f.) in autokratischen Systemen von besonderer Bedeutung. Ideokratien unterscheiden sich zumindest in ihren totalitären Hochphasen in ihrer Kooptationspraxis von anderen Formen der Autokratie, da sie ein Elitenrekrutierungsmonopol von Partei/Bewegung institutionalisieren, alle sozialen Sphären infiltrieren und den Grad des politischen, sozialen und kulturellen Pluralismus in einem Maße verringern, dass Kooptation „nach außen“ faktisch nicht mehr stattfindet (Kailitz 2014). Für die Kooptation „nach innen“ haben die kommunistischen Regime in Gestalt der Nomenklatur ein einzigartiges, hochgradig formalisiertes und bürokratisch durchstrukturiertes System der Karriererekrutierung entwickelt. In der Volksrepublik China überdauerte dieses System die Reformperiode unter Deng Xiaoping (1978-1997), blieb die Monopolstellung der Staatspartei doch im Wesentlichen unangetastet. Auch unter Xi Jinping zählt die Nomenklatur folglich „zu den wichtigsten Säulen der Herrschaft der KPC“ (Heilmann/Shih/Stepan 2016: 100).

Funktionelle Integration meint die Ermöglichung der Teilhabe etwa in Form von Wahlen und Abstimmungen. Sie haben in Ideokratien stets einen nicht-kompetitiven Charakter, dienen aber insofern der Legitimierung, als sie Massenunterstützung demonstrieren sollen. In anderen Autokratien enthalten Wahlen dagegen oft kompetitive Elemente und können auf diese Weise der Einbindung semioppositioneller Gruppierungen dienen. Wahlen unterliegen zwar mannigfachen Manipulationsmechanismen (Schedler 2002), sind aber oft kein bloßes Akklamationsinstrument, strangulieren

den Wettbewerb nicht völlig, räumen der in Teilen legalen Opposition kontrollierte Freiräume ein und fungieren so als eine Art politisches Barometer (Nohlen 2014: 30-37). Vor allem in den autoritären Autokratien des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts hat die neuere Forschung die Rolle von Institutionen entdeckt, die schwach sein mögen, aber eine bedeutende stabilisierende Funktion erfüllen. Neben engeren Beratungsgremien der Topeliten dienen die kontrollschwachen Parlamente der Einbindung sozialer Gruppen, auf deren Loyalität und Kooperation die Machttträger Wert legen (Gandhi 2008; Gandhi/Przeworski 2007). Die Semiopposition autoritärer Regime übt Kritik an der Regierung, verhält sich aber kooperativ, wenn Kernanliegen des Regimes zu verteidigen sind. Dafür genießt sie eine gesicherte Existenz mit dem Zugang zu Ämtern und Ressourcen. Echte Opposition ist nur dann zur Kooperation bereit, wenn die autokratische Elite ihr Machtmonopol zur Disposition stellt. Je stärker sich die Autokratie dem ideokratisch-totalitären Typus nähert, umso kleiner werden die Freiräume für eine legale Opposition sein. Ihre Aktiven befinden sich im Untergrund, im Exil oder im Gefängnis. Autoritäre Autokraten sind bestrebt, die Opposition so aufzuspalten, dass der geduldete Teil das Interesse am Systemwechsel verliert, weil in diesem Fall die Gefahr bestünde, dass er seine Privilegien verlöre und die exkludierte Opposition die Macht übernehme (Magaloni 2008).

Autokratische Organisationsmacht zeigt sich nicht zuletzt in der Kontrolle der Gesellschaft durch einen effektiven Überwachungsapparat. Genaue Kenntnis über illoyale Individuen und Gruppen erleichtert den dosierten Einsatz kostenträchtiger Druckmittel. Repression wirkt schon durch glaubwürdige Androhung, denn die Erfahrung der erfolgreichen Niederschlagung von Protesten in der Vergangenheit – beispielsweise – lehrt Dissidenten, dass abweichendes politisches Verhalten einen zu hohen Preis haben kann (Bellin 2004: 143). Anders als Verfassungsstaaten mit ihren gewaltkontrollierenden Mechanismen verfügen Autokratien über ein breites Arsenal frei verfügbarer Zwangsmittel, dessen Einsatz Ressourcen bindet, aber für den Regimeerhalt von entscheidender Bedeutung sein kann. Levitsky/Way (2010: 57 f.) unterscheiden Repression „hoher Intensität“, die deutliche Sichtbarkeit mit einer großen Anzahl Betroffener (wie beim Massaker auf dem Pekinger Tiananmen-Platz 1989) oder Personen von herausragender Bedeutung (wie beim Giftanschlag auf Alexej Nawalny 2020) kombiniert, von Akten „niedriger Intensität“, die unterschwellig wirken und nicht klar zurechenbar sind (wie Observationsmaßnahmen oder das „Verschwindenlassen“ von Journalisten). Schon aus Kostengründen neigen Autokraten meist zu einem dosierten Einsatz von Druckmitteln. Zudem sind Adressatenkreise so zu begrenzen, dass in potenziell integrationsbereiten Bevölkerungsgruppen kein Legitimitätsverlust entsteht. Ein dosierter Einsatz meint auch die Abstufung der Härte repressiver Eingriffe (Pingel-Schliemann 2004) nach dem Ausmaß der Unerwünschtheit von Verhaltensweisen, wobei nicht jedes abweichende Verhalten mit Sanktionen bewehrt sein muss. Denn kontrollierte Freiräume (etwa im kulturellen Sektor) können als Ventile für „Eigensinn“ (Lindenberg 1999) dienen. Die Grenzen des aus der Sicht der Herrschenden noch Akzeptablen sind u.a. abhängig von der Systemlegitimierung. In allen Autokratietypen ist es jedoch für die Herrschaftsstabilisierung und -legitimierung wichtig, dass die Herrschaftsunterworfenen wissen, welche Grenzen einzuhalten sind und keinesfalls überschritten

werden dürfen. Die Existenz solcher Grenzen trägt – ungeachtet des Ausmaßes der sozialen Kontrolle und Repression – zur Stabilisierung des Systems bei.

Massenterror kann ein Indiz für mangelnde Organisationsmacht sein: Mit brachialen und zugleich kostengünstigen Mitteln wird ein hoher Einschüchterungseffekt erzielt. Seine Streubreite erzeugt allerdings „Kollateralschäden“ auch bei sozialen Gruppen, die das Regime tragen, und wird so zum Stabilitätsproblem. Ideokratische Regime unterscheiden sich von anderen Autokratien dadurch, dass sie gewaltsam auch gegen (ideologisch definierte) „objektive Gegner“ (Arendt 2005: 877) vorgehen, von denen keine echte Gefahr ausgeht. Auf diese Weise können auch Regime mit großer Organisationsmacht die Grundlagen ihrer Existenz unterhöhlen. Für despotische (von Besitz und Machtgier getriebene) Regime ist eine Beobachtung von Levitsky/Way (2010: 66) bedeutsam: Organisationsschwäche in manchen Bereichen (wie schwacher formaler Institutionalisierungsgrad bei Parteien und Parlamenten) kann durch Stärke in anderen kompensiert werden. Der Zugriff auf Teile der Wirtschaft und ihrer Ressourcen – etwa in Rentierstaaten – ist von so hoher Bedeutung für die Regimestabilität, dass damit Schwächen wettgemacht werden können. Zudem hat dies Auswirkungen auf einen anderen Stabilisierungsfaktor: Ressourcenreichtum in den Händen einer autokratischen Führung reduziert die Druckanfälligkeit („leverage“) von außen, insbesondere dann, wenn wirtschaftliche Verflechtung („linkage“) mit Verfassungsstaaten durch enge Wirtschaftsbeziehungen zu ökonomisch potenten Autokratien (wie der Volksrepublik China) kompensiert wird (Levitsky/Way 2010: 85–180).

Die Betonung der Organisationsmacht und der ökonomischen Verflechtung als entscheidende Stabilisierungsfaktoren entfaltet für etablierte Autokratien (wie Putins Russland, Mugabes Zimbabwe oder Taiwan unter der Kuomintang) hohe Überzeugungskraft. Die Problematik der Autokratiestabilität muss dabei streng von der Frage nach den Faktoren der Demokratie-Destabilisierung geschieden werden, auch wenn einige der Erklärungsfaktoren (wie die Anfälligkeit präsidentieller Superexekutiven, die Bedeutung der Machtressourcenstreuung und des Militärs als potenziellem Vetospieler) gleichfalls Relevanz für die autokratische Herrschaftskonsolidierung haben (Berg-Schlosser 2007).

3 Autokratisches Ende der Geschichte?

Francis Fukuyama sah die liberale Demokratie hegelianisch als Folge einer geistigen Höherentwicklung der Menschheit, die zunächst die Stammesgesellschaft und danach auf weiteren Stufen Theokratie, Monarchie und Aristokratie unter sich gelassen habe. Die Französische und die Amerikanische Revolution ebneten nach dieser Lesart den Weg, um die „Megalothymia“, das irrationale Streben nach Anerkennung durch Hervorhebung gegenüber den Anderen, durch die „Isothymia“ zu überwinden, die Sehnsucht, von den Mitmenschen als „gleichwertig anerkannt zu werden“ (Fukuyama 1992: 254). Allerdings räumte Fukuyama schon damals ein, technologisch hochentwickelte Marktwirtschaften könnten sich mit politischem Autoritarismus dauerhaft vermählen. Dafür gibt es unabweisbare Gründe: Manche autokratischen Regime sind in

der Lage, ihre Legitimierungsstrategien an eine sich wandelnde Umgebung anzupassen, voneinander zu lernen und zwischen verschiedenen Legitimationsmodi zu wechseln. Huntingtons Performanzdilemma ist kein Naturgesetz. Die Unfähigkeit zur Generierung systemischer Legitimität, die Autokratien oft generalisierend zugeschrieben wird, dürfte auf viele, nicht aber auf alle Fälle zutreffen. Die große Volksrepublik China wie der kleine Stadtstaat Singapur haben unterschiedliche Wege aufgezeigt, wie man die destabilisierenden Effekte sozialer und kultureller Modernisierung neutralisieren kann. Ökonomischer Erfolg mit wachsendem Wohlstand breiter Bevölkerungsgruppen ist dafür die Grundbedingung (Obinger 2004). Die systemkonforme Kanalisierung von Partizipationsbedürfnissen kommt als weitere Aufgabe hinzu. Wenn beides gelingt (was für die meisten Autokratien nicht zutrifft; Schmidt 2014), können Autokratien Output-Legitimität erzeugen und strukturelle Vorteile gegenüber demokratischen Verfassungsstaaten ausspielen: Pyramidale Machtstrukturen mit unkomplizierten Willensbildungsprozessen ohne Vetoakteure und mit nur wenigen Mitregenten ermöglichen schnelle Entscheidungen und straffes Krisenmanagement. Superexekutiven verursachen infolge kurzer und direkter Entscheidungswege geringere Transaktionskosten. „Aufgeklärte Absolutisten“ denken anders als demokratische Politiker nicht in Legislaturperioden, neigen – bestenfalls – in geringerem Maße zum „Abwälzen von Kosten auf nachfolgende Generationen“ (Schmidt 2006: 539).

Wir wissen heute, dass moderne Autokratien durchaus in der Lage sind, neben der Befriedigung materieller menschlicher Bedürfnisse zumindest den Anschein zu erwecken, als ob der Teilhabewillige Anerkennung finde, obgleich die Manipulationserfolge von Machiavellis und Paretos Füchsen (1955, § 2057) die Bedingungen zerstören, die nach Hannah Arendts „Vita activa“ (1992: 49-57; Sauer 2022: 142-150) einen Raum politischer Freiheit begründen.

Anmerkung

- 1 Dieser Beitrag stützt sich in weiten Teilen auf Kapitel IX und XI meines Nomos-Buches: Autokratien, Baden-Baden 2022.

Literatur

- Ackeret, Markus (2021): Das Pamphlet eines großrussischen Nationalisten, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16. 7. 2021.
- Ambrosio, Thomas (2021). Russia's Effects on a Consolidated Democracy. The Erosion of Democracy in Hungary and the Putin Model, in: Kneuer, Marianne/Demmelhuber, Thomas (Hg.): Authoritarian Gravity Centers. A Cross-Regional Study of Authoritarian Promotion and Diffusion, New York/London, S. 175-202.
- Arendt, Hannah (2005): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus, München/Zürich.
- Arendt, Hannah (1992): Vita activa oder Vom tätigen Leben, 7. Aufl., München.
- Backes, Uwe (2013): Vier Grundtypen der Autokratie und ihre Legitimierungsstrategien, in: Kailitz, Stefan/Köllner, Patrick (Hg.): Autokratien im Vergleich, Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift 47, Baden-Baden, S. 19-45.

- Backes, Uwe (2022): Autokratien, Baden-Baden.
- Bader, Julia/Kästner, Antje (2013): Externe Autokratieförderung? Das autokratiefördernde Potenzial russischer und chinesischer Außenpolitik, in: Kailitz/Köllner(Hg.): Autokratien im Vergleich, S. 564-586.
- Bellin, Eva (2004): The Robustness of Authoritarianism in the Middle East: Exceptionalism in Comparative Perspective, in: Comparative Politics 36:2, S. 139-157.
- Berg-Schlosser, Dirk (2007) (Hg.): Democratization. The state of the art, 2. Aufl., Opladen/Farmington Hills.
- Böge, Friederike (2021): Sittengemälde einer hedonistischen Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 9. 2021, S. 7.
- Brownlee, Jason (2007): Hereditary Succession in Modern Autocracies, in: World Politics 59, S. 595-628.
- Bueno de Mesquita, Bruce u.a. (2003), The Logic of Political Survival, Cambridge.
- Croissant, Aurel (2016): Die politischen Systeme Südasiens. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Croissant, Aurel/Wurster, Stefan (2013): Performance and persistence of autocracies in comparison: introduction issues and perspectives, in: Contemporary Politics 19:1, S. 1-18.
- Diamond, Larry (2010): Liberation technology, in: Journal of Democracy 21:3, S. 69-83.
- Fukuyama, Francis (1989): The End of History, in: The National Interest 16, S. 3-18.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München.
- Gandhi, Jennifer (2008): Political Institutions under Dictatorship, New York.
- Gandhi, Jennifer/Przeworski, Adam (2007): Authoritarian Institutions and the survival of Autocrats, in: Comparative Political Studies 40:11, S. 1279-1301.
- Geddes, Barbara (1999): What do we know about democratization after twenty years?, in: Annual Review of Political Science 2/1, S. 115-144.
- Gerschewski, Johannes (2013): The three pillars of stability: legitimation, repression, and co-optation in autocratic regimes, in: Democratization 20:1, S. 13-38.
- Heilmann, Sebastian/Shih, Lea/Stepan, Matthias (2016): Kadersystem und öffentliche Verwaltung, in: Heilmann, Sebastian: Das politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 100-111.
- Huntington, Samuel (1991): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman.
- Kailitz, Steffen (2014): Charakteristika der staatlichen Einbindung von Eliten und Bevölkerung in Ideokratien, in: Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression, Göttingen, S. 313-338.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2010): Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War, Cambridge.
- Lindenberger, Thomas (1999). Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Lindenberger, Thomas (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln, S. 13-44.
- Loewenstein, Karl (1959): Verfassungslehre, Tübingen.
- Loewenstein, Karl (1973): Kooptation und Zuwahl. Über die autonome Bildung privilegierter Gruppen, Frankfurt a.M.
- Magaloni, Beatriz (2008): Credible Power-Sharing and the Longevity of Authoritarian Rule, in: Comparative Political Studies 41:4/5, S. 715-741.
- Maier, Hans (1995): Totalitarismus und politische Religionen, Bd. I: Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn.
- Merkel, Wolfgang (2010). Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Nohlen, Dieter (2014): Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme, 7. Aufl., Opladen/Toronto.
- Obinger, Herbert (2004): Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden.
- Pareto, Vilfredo (1955): Allgemeine Soziologie, ausgewählt, eingeleitet und übersetzt von Carl Brinkmann, Tübingen.

- Pingel-Schliemann, Sandra (2004): *Zersetzen: Strategie einer Diktatur. Eine Studie*, 3. Aufl., Berlin.
- Repucci, Sarah/Slipowitz, Amy (2022): *The Global Expansion of Authoritarian Rule*, in: Freedom House (2022) (Hg.): *Freedom in the World 2022*, Washington D.C., S. 1-16.
- Río, Adrián del (2020): *The Origins of Elite Defections in Electoral Autocracies: A Cross-National Analysis*, Florenz.
- Rød, Espen Geelmuyden/Weidmann, Nils B. (2015): *Empowering activists or autocrats? The Internet in authoritarian regimes*, in: *Journal of Peace Research* 52:3, S. 338-351.
- Sauer, Linda (2022): *Verlust politischer Urteilskraft. Hannah Arendts Politische Philosophie als Antwort auf den Totalitarismus*, Göttingen.
- Schedler, Andreas (2002): *Elections without Democracy: The Menu of Manipulation*, in: *Journal of Democracy* 13:2, S. 36-50.
- Schedler, Andreas (2013): *The Politics of Uncertainty. Sustaining and Subverting Electoral Authoritarianism*, Oxford.
- Schmidt, Manfred G. (2006): *Demokratietheorien. Eine Einführung*, 3. Aufl., Wiesbaden.
- Schmidt, Manfred G. (2013): *Staatstätigkeit in Autokratien und Demokratien*, in: Kailitz/Köllner (Hg.): *Autokratien im Vergleich*, S. 418-437.
- Schmidt, Manfred G. (2014): *Legitimation durch Peformance? Zur Output-Legitimität in Autokratien*, in: Backes/Kailitz (Hg.): *Ideokratien im Vergleich*, S. 297-312.
- Shum, Desmond (2021): *Red Roulette. An Insider's Story of Wealth, Power, Corruption, and Vengeance in Today's China*, London u.a.
- Sمند, Rudolf (1928): *Verfassung und Verfassungsrecht*, München.
- Svolik, Milan W. (2012): *The Politics of Authoritarian Rule*, Cambridge.
- Tanneberg, Dag/Stefes, Christoph/Merkel, Wolfgang (2013). *Hard times and regime failure: autocratic responses to economic downturns*, in: *Contemporary Politics* 19:1, S. 115-129.
- Tullock, Gordon (1987): *Autocracy*, Dordrecht.
- Weyland, Kurt (2017): *Autocratic Diffusion and Cooperation: The Impact of Interests v. Ideology*, in: *Democratization* 24:7, S. 1235-1252.
- Zürn, Michael (2022): *Autoritäre Herrschaftsformen im 21. Jahrhundert*, in: Frankenberg, Günter/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M./New York, S. 89-116.